

BZ 16.05.08

Regionalrat vor der Gretchenfrage

Interkommunales Gewerbegebiet: Zweckverband stimmt mit dem Regierungspräsidenten Vorgehen ab

Von Frank Liebetanz

Reken/Heiden/Borken.

Der Regionalrat wird sich schon in seiner Juni-Sitzung mit der Versagung der Wirtschaftsministerin Thoben in Sachen Genehmigung der geplanten Änderung des Regionalplans (die BZ berichtete) befassen. Vermutlich wird aber erst im September ein Beschluss gefasst, weil die drei Kommunen Borken, Heiden und Reken klären wollen, ob sie selbst klagen. Dies haben die drei Bürgermeister mit dem Regierungspräsidenten Paziorek am Mittwoch abgestimmt.

Der Regionalrat als Gremium kommunaler Selbstbestimmung könne im Juni auch anders entscheiden,

erläuterte Rolf Lührmann, Vorsitzender des Zweckverbands Westmünsterland und Bürgermeister in Borken. Paziorek werde dem Regionalrat in einer Vorlage für die Juni-Sitzung die neue Lage mitteilen. „Die Gretchenfrage lautet: Wird der Regionalrat seinen Beschluss vom September schon aufheben oder klagen?“, so Lührmann. Die drei Bürgermeister hätten jedenfalls Paziorek darüber unterrichtet, dass sich der Zweckverband rechtlichen Beistand holen werde.

Unterdessen haben die Landtagsabgeordneten Stefanie Wiegand und Thomas Elskirch (beide SPD) jetzt eine Anfrage an die Landesregierung gestellt, weil im Vorfeld nichts auf eine Ver-

sagung hingewiesen habe. In der Anfrage heißt es unter anderem: „Welche raumordnerische Bindungswirkung geht von den (...) Aktennotizen aus? Ergeben sich gegenüber dem Land nun berechtigte Ansprüche Dritter auf Durchführung einer Planung beziehungsweise auf Schadensersatz bei Nichtgenehmigung beziehungsweise Zurücknahme einer verbindlichen Zusage dieser Regionalplanänderung? Welche Kostenersatzungen für erbrachte gutachterliche Tätigkeiten werden landesseitig übernommen, die bislang dem Zweckverband Westmünsterland Gewerbepark A 31 für dieses GIB entstanden sind? Kann der Zweckverband Westmünsterland Go-

werbepark A31 gegenüber dem Land Schadensersatzforderungen aus dem Raumordnerischen Vertrag Interkommunales Gewerbegebiet der Kommunen Borken, Heiden und Reken an der Anschlussstelle 35 'Reken' der A 31 geltend machen? Hält die Landesregierung die Vorwürfe von „Willkür“ und „Wertbruch“ im Zusammenhang mit der gebotenen Ablehnung für zutreffend?“

Der FDP-Ortsverband Reken hat sich erstmals zur Ablehnung des Interkommunalen Gewerbegebiets in Düsseldorf geäußert. Man habe diese Nachricht mit Erstaunen und Bedauern aufgenommen, hieß es. „Der Gemeinde Reken wird hier eine zukunftsweisende

Möglichkeit zur Weiterentwicklung verwehrt. Dies ist umso ärgerlicher, da die Vorplanungen schon weit voran geschritten waren“, so der stellvertretende Vorsitzende Arno Rekers. Die Hintergründe der Entscheidung wollen die Liberalen bei der FDP-Landtagsfraktion erfragen.

Hermann Dreischenkemper, Vorsitzender der Grünen-Fraktion in Reken, hat Ministerin Thoben geschrieben. Die großen Äußerungen gegen Ministerium und Thoben seien „ohne Hintergrundinformationen in einigen Punkten nachzuvollziehen“. Dreischenkemper fragt, wann sie ein Wort zur Zusage gegeben habe und ob sie die Bezeichnung „Willkür“ teile.